



OTTO-VON-BISMARCK-STIFTUNG  
WISSENSCHAFTLICHE REIHE

Herausgegeben von Joachim Scholtyseck

Band 29

1918 – DAS ENDE DES BISMARCK-REICHES?

HOLGER AFFLERBACH/  
ULRICH LAPPENKÜPER (Hg.)

1918  
DAS ENDE DES  
BISMARCK-REICHES?

2021

BRILL | Ferdinand Schöningh

*Titelbild:*

Ghosts at Versailles

(Punch, 7. Mai 1919; Archiv der Otto-von-Bismarck-Stiftung, Friedrichsruh)

Die Otto-von-Bismarck-Stiftung wird gefördert aus dem Haushalt  
der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen  
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über  
<http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk sowie einzelne Teile sind urheberrechtlich  
geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen ist  
ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlages nicht zulässig.

© 2021 Verlag Ferdinand Schöningh, ein Imprint der Brill-Gruppe  
(Koninklijke Brill NV, Leiden, Niederlande; Brill USA Inc., Boston MA, USA;  
Brill Asia Pte Ltd, Singapore; Brill Deutschland GmbH, Paderborn, Deutschland)

[www.schoeningh.de](http://www.schoeningh.de)

Einbandgestaltung: Evelyn Ziegler, München  
Herstellung: Brill Deutschland GmbH, Paderborn

ISSN 2629-7493

ISBN 978-3-506-76011-1 (hardback)

ISBN 978-3-657-76011-4 (e-book)

## Inhaltsverzeichnis

HOLGER AFFLERBACH/ULRICH LAPPENKÜPER	
Einleitung .....	7
JÖRN LEONHARD	
Von Versailles nach Versailles: Kontinuität und Umbruch zwischen der Reichsgründung 1871 und dem Weltkriegsende 1918/19 .....	15
BISMARCKS ERBE: PREUSSENS DOMINANZ UND MONARCHISCHER REICHSGEDANKE	
HANS-CHRISTOF KRAUS	
Der Reichsgründer und sein Reich: Strukturelemente Deutschlands 1871-1918 .....	43
HORST MÖLLER	
Kontinuität und Bruch in Preußen nach 1918: Das „eiserne Königreich“ ohne König .....	59
DER UNTERGANG DER DEUTSCHEN DYNASTIEN 1918	
FRANK LORENZ MÜLLER	
Symptomatisch für den Niedergang des Bismarck-Reiches? Die leise Entkrönung der kleineren deutschen Königreiche im November 1918. ....	79
HOLGER AFFLERBACH	
Der Untergang des Kaisertums im November 1918 – das Ende des Bismarckreichs? .....	101

## LIBERALISIERUNG UND PARLAMENTARISIERUNG 1918

PETER HOERES

- Die politische Spaltung der deutschen Gesellschaft –  
ein Produkt des Krieges? ..... 119

WALTER MÜHLHAUSEN

- Die SPD von der Oppositions- zur Regierungspartei ..... 133

ANDREAS FAHRMEIR

- Der Liberalismus und das Epochenjahr 1918 ..... 153

DIE NATIONALE VERFASSTHEIT DES DEUTSCHEN  
REICHES

ULRICH LAPPENKÜPER

- Nationale Minderheiten und Bismarcks Erbe:  
Elsass-Lothringer, Polen, Dänen ..... 169

- AUTORENVERZEICHNIS ..... 185

# Von Versailles nach Versailles: Kontinuität und Umbruch zwischen der Reichsgründung 1871 und dem Weltkriegsende 1918/19

von  
JÖRN LEONHARD

## 1. Einleitung

Am Ende schien es, als kehre man ganz an den Anfang zurück. Walther Schücking hatte sich bereits vor 1914 als pazifistischer Völkerrechtsexperte einen Namen gemacht. Bei aller Erschütterung über den Ausgang des Krieges für Deutschland erwartete er im November 1918 von der Pariser Friedenskonferenz doch einen wichtigen Impuls für das Völkerrecht, in dem er die einzig verlässliche Chance für die künftige internationale Friedenswahrung sah. Sein Widerstand gegen die Annexionspolitik des Kaiserreiches während des Weltkrieges und seine führende Rolle in der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei prädestinierten ihn nach dem 9. November 1918 aus der Perspektive des Rats der Volksbeauftragten und des neuen deutschen Außenministers Ulrich von Brockdorff-Rantzau für die anstehende Aufgabe, in der deutschen Delegation auf der Pariser Friedenskonferenz mitzuwirken. So reiste Schücking Ende April 1919 mit den anderen Mitgliedern der deutschen Delegation nach Frankreich und spielte als einer der sechs Hauptdelegierten des Deutschen Reiches in den kommenden Wochen eine wichtige Rolle.<sup>1</sup>

Untergebracht in Versailles im Hôtel des Réservoirs, nördlich vom Haupteingang zum alten Königsschloss und neben dem Gebäude der königlichen Oper gelegen, wurden die deutschen Delegierten bei der Ankunft von einer anwesenden Menschenmenge johlend ausgepiffen

<sup>1</sup> *Detlev Acker*, Walther Schücking (1875-1935). Münster 1970, 113-145; *Ulf Morgenstern*, Bürgergeist und Familientradition. Die liberale Gelehrtenfamilie Schücking im 19. und 20. Jahrhundert. Paderborn u.a. 2012, 359-367; *Wolfgang Kohl*, Walther Schücking (1875-1935). Staats- und Völkerrechtler – Demokrat und Pazifist, in: Kritische Justiz. Streitbare Juristen. Eine andere Tradition. Hrsg. von Thomas Blanke. Baden-Baden 1988, 230-241.

– schon dies ein Hinweis auf die besondere emotionale Belastung dieses Moments. Schon auf der Reise von Berlin in einem Sonderzug, von den französischen Behörden bewusst verzögert durch das ehemalige Frontgebiet geführt, um den Besiegten das Ausmaß der Zerstörungen vorzuführen, war die Spannung gestiegen, und Schücking musste zugeben, dass ihm „bei dieser Reise et was schwül zu Mute ist“. Spätestens bei der Ankunft im Hotel fühlte er sich dann von der historischen Dimension der Ereignisse fast überfordert: „In diesem Hotel haben 1871 die deutschen Fürsten gewohnt, und wo ich schlafe, schlief sicher ein Großherzog: Ein Zeichen fortschreitender Demokratisierung. Auch Bismarck hat hier mit den Fürsten zusammen täglich gespeist. Wie hat sich dieses Blatt gewandt!“<sup>2</sup>

Mit der Ankunft der deutschen Delegation in Versailles im April 1919 schien sich für die miterlebenden Zeitgenossen ein Kreis zu schließen. Der historischen Tragweite, das bewiesen unzählige Briefe und Tagebuchaufzeichnungen, waren sie sich auf der Seite der Sieger wie der Besiegten nur allzu bewusst. Vor diesem Hintergrund fragt der folgende Beitrag zunächst nach der Präsenz von „1871“ im Umbruch von „1918/19“, um von hier aus exemplarisch und symptomatisch zuspitzend die beiden Kategorien von Kontinuität und Bruch zwischen der Gründung des kleindeutschen Nationalstaates 1871 und der Trias von Niederlage, Revolution und Friedensschluss 1918/19 kritisch zu hinterfragen.

## 2. Konfliktverflechtung und Geschichtspolitik von Versailles nach Versailles: Die Präsenz von 1871 im Umbruch 1918/19

Bereits der 18. Januar 1919 war kein zufällig gewähltes Datum. So wie der im Sommer 1919 für die Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrags gewählte 28. Juni an die Schüsse von Sarajewo am 28. Juni 1914 erinnerte, bestimmte die französische Regierung für die formale Eröffnung der Friedenskonferenz genau den Tag, an dem 48 Jahre zuvor, am 18. Januar 1871 im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles, am historischen Zentralort des monarchischen Frankreich also, das Deutsche Kaiserreich proklamiert worden war. Dem entsprach der von Anfang an geschichtspolitisch stark aufgeladene Rekurs der fran-

<sup>2</sup> Brief Walther Schückings an Adelheid Schücking vom 6. Mai 1919, zitiert nach: *Morgenstern*, Bürgergeist (wie Anm. 1), 364; Jörn Leonhard, *Der überforderte Frieden. Versailles und die Welt*, 2. Aufl. München 2019, 674-675 u. 955.

zösischen Gastgeber der Friedenskonferenz auf die spezifische deutsch-französische Konfliktkomponente. Aus dieser Perspektive war der Weltkrieg ein deutsches Verbrechen an der Menschheit, und die Friedenskonferenz musste als Weltribunal die notwendige Konsequenz aus dem angeblichen Verhängnis des deutschen Nationalstaates und seiner aggressiv-militaristischen Grundlagen ziehen.

Dahinter stand eine andere schmerzliche Erfahrung der französischen Politik: Denn 1871 hatte der preußisch-deutsche Sieg zunächst jede Chance für eine französische Hegemonialstellung in Kontinentaleuropa beendet, die als Horizont die französische Politik von Ludwig XIV. über die französischen Revolutionsheere bis zu Napoleon I. und den Visionen seines Neffen Napoleon III. geprägt hatten. Was Raymond Poincaré als geschichtsnotwendige Korrektur im Namen universalistischer Prinzipien darstellte, eröffnete seit Januar 1919 die Chance, an diese ältere Herrschaftskonzeption anzuknüpfen. Doch ordnete man diese nun in eine andere Erzählung ein, und entsprechend erschien das aus einem Krieg gegen Frankreich entstandene Deutsche Kaiserreich als Ursprung einer spezifischen Gewaltkultur, die direkt in den Weltkrieg von 1914 geführt habe. Ort und Datum, Versailles und der 18. Januar, unterstrichen also aus französischer Sicht eine negative historische Kontinuität von den bellizistischen Ursprüngen des preußisch-deutschen Nationalstaates 1871 zum Sommer 1914 und Herbst 1918, die erst durch den Sieg der Alliierten und der Vereinigten Staaten im Herbst 1918 habe unterbrochen werden können.<sup>3</sup>

Das Leitmotiv zur Begründung der Wahl von Versailles mit der programmatischen Widmung des Schlosses „à toutes les gloires de la France“ hatte der französische Außenminister Stéphane Pichon bereits Ende Oktober 1918 formuliert: „Auf unserem Territorium, in Versailles, vor den Toren unserer Hauptstadt, hat Deutschland den Grundstock für seine Weltherrschaft gelegt, die es durch die Vernichtung der Freiheit der Völker aufbaute. Sollte sich nicht dort, gleichsam als Sinnbild des Triumphes der Gerechtigkeit, der Kongress versammeln, dessen wichtigster Grundsatz das Recht der Völker auf Selbstbestimmung sein wird?“<sup>4</sup> Genau hier setzte Staatspräsident Raymond Poincaré mit seiner Eröffnungsrede in Paris am 18. Januar an, indem er die Gründung des Deutschen Kaiserreiches als Kriegsreich 1871 und

<sup>3</sup> Verena Steller, *Diplomatie von Angesicht zu Angesicht. Diplomatische Handlungsformen in den deutsch-französischen Beziehungen*. Paderborn u.a. 2011, 439.

<sup>4</sup> Zitiert nach: Jean-Claude Allain, *Das Schloß von Versailles*, in: *Franzosen und Deutsche. Orte der gemeinsamen Geschichte*. Hrsg. von Horst Möller/Jacques Morizet. München 1996, 59-77, hier 65.

die historische Fehlentwicklung hervorhob, die es jetzt zu korrigieren gelte. Diese Mobilisierung der Geschichte zur Stigmatisierung des Gegners bildete für Poincaré den eigentlichen Ausgangspunkt und legitimierte die Friedenskonferenz: „Vor 48 Jahren, genau auf den Tag am 18. Januar 1871, wurde das Deutsche Reich von einer Invasionsarmee im Schloss von Versailles ausgerufen. Es empfing seine erste Weihe durch den Raub zweier französischer Provinzen. Es war somit befleckt schon in seinem Ursprung, und durch den Fehler seiner Gründer trug es in sich den Todeskeim. In Ungerechtigkeit geboren, hat es in Schmach geendet. Sie sind versammelt, um das Übel gutzumachen, das es angerichtet hat, und um seine Wiederkehr zu verhüten. Sie halten in Ihren Händen die Zukunft der Welt.“<sup>5</sup>

Fünf Monate später, am 28. Juni 1919, als man im Spiegelsaal in Versailles den Weltkrieg formal durch die Unterschriften auf dem Vertragsdokument zu beenden glaubte, da schien es, als ob der historische Moment nur gültig sei, wenn man direkt an die Vergangenheit anknüpfte. Hier geriet die Geschichte bis in den Sommer 1914 zur bloßen Vorgeschichte, und so entstand eine suggestive Erzählung, um das Ungeheure des Krieges zu erklären. Geradezu gebieterisch riefen die Friedensmacher in Paris am Ende die Erinnerung wach, die Symbole und Emotionen. Am Ende also: nichts als Geschichte. Nachdem der Weg zu diesem Frieden so viele neue Konflikte und Krisenmomente hervorgerufen hatte, so viele Widersprüche, dass aus den Partnern im Krieg schon wieder Gegner an den Kanzleitäischen geworden waren, da sollte wenigstens das Ende der Friedenskonferenz einen Moment der Einheit und Eindeutigkeit definieren: zwischen Sieg und Niederlage, Recht und Unrecht, Schuld und Sühne, zwischen rechtem Triumph und verdienter Ohnmacht.

Als die beiden deutschen Delegierten Hermann Müller und Johannes Bell am 28. Juni 1919 nachmittags gegen 15 Uhr vom Protokollchef der Friedenskonferenz, William Martin, zu ihren offiziellen Plätzen in einer Ecke des Spiegelsaales geleitet wurden und zwischen den Delegierten Japans und Uruguays ihre Plätze einnahmen, zitierte diese Inszenierung den Anfang des Krieges, um sein Ende als historischen Moment zu beglaubigen. Doch der 28. Juni als Tag von Sarajewo bezog sich für die französischen Zeitgenossen genauso auf den 18. Januar

<sup>5</sup> *Raymond Poincaré*, Rede zur Eröffnung der Pariser Friedenskonferenz, in: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender. Hrsg. von Wilhelm Strobel, Bd. 60/2. München 1923, 453-457, hier 457; *Leonhard*, Der überforderte Frieden (wie Anm. 2), 662.

1871, auf den Pariser Frieden und sein Ergebnis, die Schaffung eines kleindeutschen Nationalstaates.<sup>6</sup>

Mit entgegengesetzten Rollen hatte man auf deutscher Seite schon damals die Geschichte zum Argument gemacht. Denn in Versailles hatte der wilhelminische Schlossprediger Bernhard Rogge in seiner Festpredigt anlässlich der Kaiserproklamation vom 18. Januar 1871 an die historische Rache für den Raub Straßburgs und die Zerstörung der Pfalz in der frühen Neuzeit erinnert: „In dem heutigen Werke sehen wir die Schmach gesühnt, die von dieser Stätte und diesem Königssitze aus dereinst auf unser deutsches Volk gehäuft worden ist.“ 1871 hatte man in Versailles ein Synonym für das Ende der Verwundbarkeit Deutschlands gegenüber dem monarchischen, revolutionären und napoleonischen Frankreich und der ihm unterstellten Eroberungssucht gesehen.<sup>7</sup>

Ganz anders sahen 1918/19 die deutschen Rekurse auf 1871 und seine politische Gründerfigur aus.<sup>8</sup> Friedrich Naumann hatte in Bismarck 1915 noch die überragende und weit über den Tod der historischen Person hinausweisende Integrationsklammer zwischen Reich und Nation erkannt. Als appellative Instanz und emotionale Projektionsfläche ließ sich die eigene Gegenwart in die Kontinuität einer verklärten Vergangenheit stellen: „Wer war Bismarck? ... Ein Mensch und ein Übermensch, eine Zeiterscheinung und ein Überzeitlicher, ein Handhaber der kleinen Mittel und ein Erdenlenker der großen Ziele [...] sein Reich ist unser aller Reich geworden. Was er vor einem halben Jahrhundert den Deutschen aufzwang, gerade das ist uns allen ohne Unterschied jetzt hunderttausend Leben wert [...] Er ist für uns kein Umstrittener mehr, sondern ein Nationalbesitz. Er ist keine Partei, sondern der erste aller Deutschen“.<sup>9</sup> Auch der Historiker Erich Marcks hatte in einer Kriegsrede 1916 betont: „Sein Erbe ist überall. Dieser Krieg geht um sein Reich“.<sup>10</sup>

<sup>6</sup> Ebd., 1020-1022.

<sup>7</sup> Zitiert nach: *Hagen Schulze*, Versailles, in: Deutsche Erinnerungsorte, Bd. 1. Hrsg. von Étienne François/Hagen Schulze. München 2001, 407-421, hier 411.

<sup>8</sup> *Jörn Leonhard*, Verheißung, Wiederauferstehung, Erlösung: Bismarck und Hindenburg als historische Wiedergänger in der neueren deutschen Geschichte, in: Gespenster und Politik. 16. bis 21. Jahrhundert. Hrsg. von Claire Gantet/Fabrice d'Almeida. München 2007, 303-320.

<sup>9</sup> *Friedrich Naumann*, Wer war Bismarck?, in: Die Hilfe 21, 1915, wieder in: ders., Werke, Bd. 5: Politische Schriften. Hrsg. von Theodor Schieder. Köln 1967, 533-535; vgl. *Paul Rohrbach*, Bismarck und Wir. München 1915.

<sup>10</sup> *Erich Marcks*, Vom Erbe Bismarcks: Eine Kriegsrede. Leipzig 1916, 10-11; vgl. *Ernst Zechlin*, Das Bismarck-Bild 1915. Eine Mischung von Sage und Mythos,

Im Gegensatz dazu stand Max Weber, der lange vor dem Sommer 1914 der Auratisierung und Mythisierung des Reichskanzlers im Kaiserreich der Jahrhundertwende die dekonstruierende Historisierung entgegenhielt und so eine kritische Deutungslinie entwickelt hatte, an der man ab 1917/18 anknüpfen konnte, um die konsequente Reformierung des Kaiserreichs zu fordern. So hatte Weber 1895 darauf verwiesen, dass die immer kürzeren Abstände zwischen Bismarcks Versuchen nach 1878, eine tragfähige politische Basis zu schaffen, der Vorstellung eines charismatischen Führers widersprachen, der sich auf die Loyalität der Massen habe stützen können. Schon damals kam Weber zum Schluss, dass Bismarck als Beispiel „geschichtlicher Vergänglichkeit“, als Exempel eines Politikers zu gelten habe, der angesichts der strukturellen Veränderungen von Staat und Gesellschaft zu einer anachronistischen Figur geworden war: „Die Tragik, welche seiner staatsmännischen Laufbahn neben ihrer unvergleichlichen Größe“ anhafte, werde „die Zukunft wohl darin finden, dass unter ihm das Werk seiner Hände, die Nation, der er die Einheit gab, langsam und unwiderstehlich ihre ökonomische Struktur veränderte und eine andere wurde, ein Volk, das andere Ordnungen fordern musste als solche, die er ihm geben und denen seine cäsarische Natur sich einfügen konnte“.<sup>11</sup> Selbst ausgesprochene Bismarck-Bewunderer wie der junge Harry Graf Kessler hatten sich nach 1890 dem Eindruck nicht entziehen können, dass Bismarck einer Generation der Vergangenheit angehörte und den „jungen Deutschen als Lebenszweck“ lediglich „ein politisches Rentnerdasein, die Verteidigung und den Genuss des Erworbenen“ anbot. Nicht charismatische Zukunftsprojektion, sondern Status quo-Bewahrung, eine konservative Beharrungsutopie, schien der beherrschende Zug Bismarcks: „Er war, wie schmerzlich in die Augen sprang, kein Anfang, sondern ein Ende, ein grandioser Schlussakkord – ein Erfüller, kein Verkünder!“<sup>12</sup>

Bei Kriegsende hielt Max Weber den deutschen „Ideen von 1914“, mit denen man im Kulturkrieg der Intellektuellen den Modernitätsanspruch der „idées de 1789“ in Frage gestellt hatte, seine eigenen „Ideen von 1918“ entgegen, weil er wie Ernst Troeltsch überzeugt davon war, dass man der neuen deutschen Republik eine geistige Grundlage

in: ders., *Krieg und Kriegsrisiko. Zur deutschen Politik im Ersten Weltkrieg*. Düsseldorf 1979, 227-233.

<sup>11</sup> Zitiert nach: *Otto Pflanze*, *Bismarck*, Bd. 2: *Der Reichskanzler* (engl. 1990). München 1998, 694-695.

<sup>12</sup> *Harry Graf Kessler*, *Gesichter und Zeiten: Erinnerungen*, 2. Aufl. Berlin 1962, 257 u. 265-266; *Lothar Gall*, *Bismarck. Der weiße Revolutionär*, 5. Aufl. Frankfurt am Main 1981, 717.

geben müsse. In der Artikelserie „Deutschlands künftige Staatsform“, die zwischen dem 22. November und dem 5. Dezember in der „Frankfurter Zeitung“ erschien, sprach er die drängenden Probleme der Technik und Ökonomie sowie der Massenversorgung im Existenzkampf des Nachkrieges an, doch ebenso die Krise der Kultur, des kollektiven Bewusstseins und damit zusammenhängend der Erziehung.<sup>13</sup>

Als große Chance begriff der junge Romanist Ernst Robert Curtius das Ende des alten Regimes. Erst der Zusammenbruch der patriotischen Rhetorik und des überkommenen Kriegsnationalismus machte die längst überfällige Katharsis möglich. Wenige Tage nach der Ernennung Prinz Max von Badens zum Reichskanzler schrieb er Mitte Oktober 1918: „Man hat das Bedürfnis sich zusammenzuschließen und sich des Gemeinsamen bewusst zu werden [...] Wir müssen die Tragik bis ins Mark empfinden, aber wir müssen daraus eine Katharsis gewinnen. Das ist mit der – nun, glücklich! – erledigten Weltanschauung des reinen Nationalismus (dieser Idolatrie) nicht möglich.“ Die sich ankündigende Revolution gab ihm Hoffnung, den „geistlosen Bismarckkultus“ loszuwerden. Der Umbruch könne zur Befreiung werden, wenn man die bloße Machtpolitik überwinde, die Curtius als verhängnisvollen Materialismus begriff: „Eine tiefe Wandlung geschieht nun mit uns allen: eine Wandlung, von der die innerpolitische [sic!] Revolution nur ein Oberflächenphänomen ist. Aber schon diese Revolution ist eine Befreiung; der unreine und unehrliche Machtgedanke und der imperialistische Materialismus ist [sic!] zusammengebrochen.“<sup>14</sup>

Unübersehbar und doch mit sublimer Ironie vollzog sich der Umbruch 1918/19 genau dort, wo die sichtbaren Selbstversicherungsversuche des Kaiserreichs vor 1914 eine eigene Ikonographie und Denkmalslandschaft hervorgebracht hatten. Auf dem Knivsberg bei Apenrade in Nordschleswig war am Ende des 19. Jahrhunderts ein Symbolort der Germanisierungspolitik in der mehrheitlich dänisch besiedelten Region entstanden, nachdem man in den 1890er Jahren deutsche Volksfeste organisiert und eine Initiative für ein fast 50 Meter hohes Bismarck-Denkmal gestartet hatte. Es war 1901 eingeweiht

<sup>13</sup> Brief Max Webers an Otto Crusius vom 24. November 1918, in: *ders.*, *Gesamtausgabe*, Abt. II, *Briefe*, Bd. 10: *Briefe 1918-1920*. Hrsg. von Gerd Krumeich/M. Rainer Lepsius. Tübingen 2012, 1. Halbbd., 317-321, hier 318-319; *Hinnerk Bruhns*, *Max Weber und der Erste Weltkrieg*. Tübingen 2017, 77.

<sup>14</sup> Brief von Ernst Robert Curtius an Carl Heinrich Becker vom 13. Oktober 1918, in: *ders.*, *Briefe aus einem halben Jahrhundert. Eine Auswahl*. Hrsg. u. kommentiert von Frank-Rutger Hausmann. Baden-Baden 2015, 83-85; *Ernst Peter Wieckenberg*, *Nachwort*, in: Ernst Robert Curtius, *Elemente der Bildung* (1932). Hrsg. von Ernst-Peter Wieckenberg/Barbara Picht. München 2017, 221-450, hier 237; *Leonhard*, *Der überforderte Frieden* (wie Anm. 2), 633-634.

worden, um ein „nationales Wahrzeichen der Wiedergewinnung der deutschen Nordmark“ zu errichten. Die Inschrift des Denkmals „Up ewig ungedeelt“ betonte den besonderen Zusammenhalt der Herzogtümer Schleswig und Holstein im Rekurs auf den Vertrag von Ripen von 1460.<sup>15</sup> Mit dem provozierenden Bismarck-Zitat vom Februar 1888: „Wir Deutsche fürchten Gott, aber sonst nichts in der Welt“<sup>16</sup>, den Jahresdaten 1848, 1864, 1868 und 1870/71 und nicht zuletzt der drohend nach Norden ausgerichteten Bismarck-Figur war der Knivsberg lange vor dem Mai 1919 zum Konfliktort der deutschen und dänischen Nationalbewegungen geworden.<sup>17</sup>

Jetzt, im Frühjahr 1919, fanden Demonstrationen gegen die Abtretung Nordschleswigs an Dänemark statt.<sup>18</sup> Angesichts des erwarteten Verlusts montierte man schließlich die in einer Nische des Denkmals aufgestellte sieben Meter hohe Bismarck-Figur Anfang Juli 1919 mit großem Aufwand ab, weil man im Vorfeld der vorgesehenen Abstimmung ihre Zerstörung befürchtete, und transportierte sie zunächst nach Rendsburg. Es wirkte wie ein unfreiwilliges Zeichen, dass die Bismarck-Figur nicht auf die zum Transport vorgesehenen Wagen passte und man deshalb ihren Kopf abtrennen musste. 1930 wurde die

<sup>15</sup> *Thomas Rüs*, Up ewig ungedeelt. Ein Schlagwort und sein Hintergrund, in: *Geschichtsbilder. Festschrift für Michael Salewski zum 65. Geburtstag*. Hrsg. von Thomas Stamm-Kuhlmann. Stuttgart 2003, 158-167; *Peter Wulf*, Revolution, schwache Demokratie und Sieg in der „Nordmark“. Schleswig-Holstein in der Zeit der Weimarer Republik, in: *Geschichte Schleswig-Holsteins. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*, 2. Aufl. Hrsg. von Ulrich Lange. Neumünster 2003, 545-584.

<sup>16</sup> Rede Bismarcks vor dem Reichstag vom 6. Februar 1888, in: *ders.*, Die gesammelten Werke, Bd. 13 Reden. Bearb. von Wilhelm Schüssler. Berlin 1930, 326-348, hier 347; für den Hinweis danke ich Ulrich Lappenküper.

<sup>17</sup> *Karl Christian Lammers*, Konflikte und Konfliktlösungen in der dänisch-deutschen Nationalitätenfrage seit 1840. Der Fall Schleswig, in: *Nationalitätenkonflikte im 20. Jahrhundert. Ursachen von inner-ethnischer Gewalt im Vergleich*. Hrsg. von Philipp Ther/Holm Sundhausen. Wiesbaden 2001, 203-218, hier 210-212; *Manfred Jessen-Klingenberg*, Zum Nordschleswig-Problem 1864-1914, in: *Der Knivsberg. 100 Jahre deutsche Versammlungsstätte in Nordschleswig*. Hrsg. von Jürgen Ostwald. Heide 1994, 9-20; *Manfred Jessen-Klingenberg*, Das Bismarckdenkmal auf dem Knivsberg, in: *ebd.*, 103-134.

<sup>18</sup> *Erik Rasmussen*, Auf dem Wege zum Wohlfahrtsstaat 1913-1939, in: *Roar Skovmand/Vagn Dybdahl/Erik Rasmussen*, Geschichte Dänemarks 1830-1939. Die Auseinandersetzungen um nationale Einheit, demokratische Freiheit und soziale Gleichheit. Neumünster 1973, 325-443, hier 362-372; *René Rasmussen*, Under Preussen. 1864-1945, in: *Sydslesvigs danske historie*, 3. Aufl. Hrsg. von Lars Henningsen. Flensburg 2013, 47-176, hier 73-98; *Wulf*, *Revolution*, (wie Anm. 15), 545-554.

wieder komplettierte Bismarck-Figur auf dem Knivsberg bei Ascheffel in Schleswig-Holstein aufgerichtet.<sup>19</sup>

Wo die rettende Intervention scheiterte, drohte Schlimmeres. So ließen sich in der an Polen abgetretenen Provinz Posen an den Bauten und Denkmälern des Kaiserreichs wie unter einem Brennglas die langen Schatten der Nationalitätenkonflikte vor 1914 erkennen. Die Kapelle Wilhelms II. im Posener Schloss wurde 1919 als katholische Kapelle der Schutzpatronin Polens, der Heiligen Maria von Tschenschoucha geweiht. 1920 schließlich entfernte man das Bismarckdenkmal neben dem Posener Schloss, dem Symbol wilhelminischer Kolonisierungsvorstellungen und deutsch-polnischer Nationalitätenkonflikte, und ersetzte es durch ein Herz-Jesu-Monument. Die Bismarckfigur selbst ließ man in eine Christusfigur umschmelzen.<sup>20</sup>

Sieht man auf diese Beispiele, so wird deutlich, dass der Eindruck des Bruchs, des historischen Hiatus in den unmittelbaren Erfahrungen bei Kriegsende dominierte, doch ging dies vor allem auf starke Symbole und emotionale Inszenierungen zurück. Aus ihnen entstanden die zeitgenössischen Deutungen und die darauf rekurrierenden historiographischen Erzählmuster mit ihren suggestiven Leitmotiven. Zumal die Betonung der preußisch-deutsch-französischen Konfliktschichte mit ihren abrufbaren Zeitschichten gehörte dazu.

### 3. Die Überlagerung von Kontinuität und Umbruch als Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen

Blickt man aus einer stärker strukturellen Perspektive auf 1918/19, so verändert sich das Bild, und die Kategorien von Kontinuität und Umbruch verflüssigen sich. Das soll an den folgenden symptomatischen Beispielen deutlich werden.

<sup>19</sup> Karikatur des Abtransports des Denkmals auf einer dänischen Postkarte, in: *Cornelius Steckner*, Grenzfall Bismarck. Der bewaffnete Friede, die olympische und die apollinische Stadionplastik, in: Ostwald (Hrsg.), *Knivsberg* (wie Anm. 16), 135-168, hier 164.

<sup>20</sup> *Heinrich Schwendemann/Wolfgang Dietsche*, Hitlers Schloß. Die „Führerresidenz“ in Posen. Berlin 2003, 65 u. 69; *Hermann Rauschnig*, Die Abwanderung der deutschen Bevölkerung aus Westpreußen und Posen 1919-1929. Die Entdeutschung Westpreußens und Posens. Im Nachdruck hrsg. von Wolfgang Kessler. Essen 1988, XXI; *Leonhard*, *Der überforderte Frieden* (wie Anm. 2), 979-980 u. 1201.

## 1. Territoriale Integrität

Die deutsche Schlachtflotte war nach 1890 zum Symbol der deutschen Kriegs- und damit Zukunftsfähigkeit, der Ausweis industrieller Leistungskraft und globaler Herrschaftsansprüche geworden. Aber schon während des Krieges war sie kaum mehr gewesen als eine bloße „fleet in being“ und wurde Ende 1918 schließlich zum Ausgangspunkt für die Revolution. In Scapa Flow verwandelte sie sich im Sommer 1919 in den größten Schrottplatz der Welt unter Wasser. Mitte der 1920er Jahre sollte der britische Unternehmer Edward Cox 26 deutsche Zerstörer sowie die *Seydlitz* und die *Hindenburg* für den Preis von 250 Pfund Sterling von der britischen Admiralität erwerben.<sup>21</sup>

Am Abend des 22. Juli 1919, vier Wochen nach der Selbstversenkung, vermerkte Harry Graf Kessler in seinem Tagebuch: „Abends unbeschreibliche Niedergeschlagenheit; als ob Alles Leben im Innern der Seele erstorben wäre.“<sup>22</sup> Aber im Gegensatz dazu stand die am Ende gerettete territoriale Integrität des Nationalstaates und Kontinuität des Deutschen Reichs, das den Fall seiner Dynastien überlebte – ganz anders als die multiethnischen Imperien des Zarenreichs, der Habsburgermonarchie und des Osmanischen Reichs. Die territorialen Verluste und die latente Krise mit zunächst offenem Ausgang bis ins Krisenjahr 1923 änderten daran nichts. Am Ende scheiterten die weit ausgreifenden französischen Pläne für eine Neuauflage eines Rheinbunds genauso wie die Konzepte der natürlichen Grenzen am Rhein oder des Vorfelds. 1919 wurde kein neues 1806 – im Gegenteil. Denn schließlich scheiterte sogar die Fortsetzung des von Georges Clemenceau angestrebten Kriegsbündnisses Frankreichs mit Großbritannien und den USA über 1919 hinaus, als es dem amerikanischen Präsidenten nicht gelang, die Ratifizierung des Versailler Vertrags in seiner Heimat durchzusetzen.<sup>23</sup>

## 2. Internationale Positionierung

Die materiellen Bedingungen des Versailler Vertrags waren ohne Zweifel hart, doch sie stellten weder die territoriale Integrität des Reiches in Frage, noch zerstörten sie von vornherein die ökonomische Potenz

<sup>21</sup> John Christopher Fine, *Lost on the Ocean Floor. Diving the World's Ghost Ships*. Annapolis/Md. 2004, 130-138; Leonhard, *Der überforderte Frieden* (wie Anm. 2), 1020.

<sup>22</sup> Harry Graf Kessler, *Das Tagebuch (1880–1937)*, Bd. 7: 1919–1923. Hrsg. von Angela Reinthal. Stuttgart 2007, 22. Juni 1919, 245-246.

<sup>23</sup> Leonhard, *Der überforderte Frieden* (wie Anm. 2), 1155-1162.

Deutschlands. Die Kolonien hatten große symbolische Bedeutung für die weltpolitischen Ansprüche des Kaiserreiches besessen, doch ihre ökonomische Bedeutung war begrenzt gewesen. Mit der Abtretung Nordschleswigs an Dänemark und des Reichslandes Elsass-Lothringen an Frankreich hatten die meisten Deutschen nach dem November 1918 gerechnet. Schwerer wogen die an Polen verlorenen Territorien und die Besetzung des Rheinlands, während die mehrheitlich deutsch bewohnten kleinen Kunststaaten unter Verwaltung des Völkerbundes in Danzig, im Memelgebiet und an der Saar konfliktträchtige Provisorien darstellten.

Doch gerade in Osteuropa bot das Ende der drei Großreiche und die Entstehung neuer Klein- und Mittelstaaten mit großen Minderheiten die mittel- und langfristige Chance, die deutsche Position durch eine entsprechende Wirtschafts- und Kulturpolitik auszubauen, zumal sich erst erweisen musste, ob aus dem „cordon sanitaire“ der neuen ostmitteleuropäischen Staaten eine stabile französische Machtstellung erwachsen würde.<sup>24</sup> Die postimperiale Zusammenbruchzone, das Ende des Zarenreichs und des historischen Rivalen der Habsburgermonarchie markierten das Ende der Pentarchie und befreiten den deutschen Nationalstaat gleichsam aus jenem Gehäuse, das nach dem Ende der Saturiertheits-Politik Bismarcks aus der wilhelminischen Antwort auf die internationale Position des neuen Nationalstaates entstanden war. Genau diese Antwort hatte mit dem Konzept der kontinentalen Halbhegemonie und dem weltpolitischen Ausgriff des Kaiserreiches wesentlich zur Konfliktverschärfung vor dem Sommer 1914 beigetragen.

Als sich die deutsche Diplomatie im Zeichen der internationalen Isolation und der ungelösten Reparationsproblematik schon 1922 in Rapallo auf eine deutsch-sowjetische Sonderbeziehung einließ, knüpfte man damit jenseits ideologischer Gegensätze an eine besondere Zusammenarbeit an, die auf ältere und jüngere Traditionen verwies: die antipolnische Politik der Teilungsmächte seit dem Ende des 18. Jahrhunderts sowie die persönlichen Netzwerke, die deutsche und sowjetische Diplomaten seit Ende 1917 in Brest-Litowsk geknüpft hatten. Genau hier entstanden aus langen und kürzeren Kontinuitäten qualitativ neue Konzepte. Seit 1917 diskutierte man auf deutscher Seite, das Mitteleuropa-Konzept zugunsten einer eurasischen Strategie zu modifizieren. Durch das Kriegsende unterbrochen, wirkte sie auf deutscher Seite weiter. Während Lord Curzon für Großbritannien im August 1919 eine Vereinbarung zwischen Großbritannien und Persien

<sup>24</sup> Ebd., 1223.

erzwang, mit der die wirtschaftliche Kontrolle des Landes durch die Briten festgeschrieben wurde, blieb das Netzwerk der deutschen Diplomaten, die von Osteuropa ausgehend auf eine eurasische Einflusszone setzten, auch nach 1919 sehr einflussreich – die Voraussetzung dafür war die Fortsetzung wilhelminischer Karrieren. Rudolf Nadolny gehörte nicht nur zur Delegation in Brest-Litowsk, sondern wirkte als außenpolitischer Berater von Reichspräsident Ebert. In den 1920er Jahren wurde er erster deutscher Botschafter in der neuen Türkischen Republik. Auch andere Diplomaten und Politiker blieben überzeugt davon, dass die eurasische Option großes Potenzial barg, so etwa Friedrich Werner Graf von der Schulenburg, Botschafter in Teheran ab 1923 und deutscher Botschafter in Moskau nach 1934.<sup>25</sup>

In besonderer Weise galt das auch für den späteren Außenminister Brockdorff-Rantzau, der als Botschafter in Dänemark die Reise Lenins nach Petrograd miteingefädelt hatte und als Leiter der deutschen Delegation in Versailles im Februar 1919 vor der Nationalversammlung auf die Notwendigkeit hinwies, möglichst bald wieder diplomatische Beziehungen zu Russland aufzubauen. Später sollte er zusammen mit Walter Rathenau und Ago von Maltzan einer der Architekten der deutsch-sowjetischen Wiederannäherung bis zur Konferenz von Rapallo werden. Auf der Ebene der militärischen Führung setzte sich Hans von Seeckt, von Dezember 1917 bis zum Kriegsende einflussreicher Militärberater der osmanischen Armee unter Kriegsminister Enver Pascha, für eine enge militärische Kooperation mit Sowjetrußland ein.<sup>26</sup>

### 3. Politisches System und politische Kulturen der antirevolutionären Eindämmung

Was seit Herbst 1918 im Ende der Dynastien, den Anläufen für die deutsche Variante einer Oktoberrevolution und bürgerkriegsähnlicher Gewalt eine neue Qualität revolutionärer Veränderungsmöglichkeit suggerierte, das verwies zugleich auf das Fortwirken der evolutionären politisch-konstitutionellen Entwicklung des Kaiserreichs. Dazu gehörte der Fokus auf den Reichstag und die Ausprägung eines spezifischen Dualismus zwischen Parlament und Regierung. Dazu gehörten die bis Oktober 1918 ausbleibende formalisierte parlamentarische

<sup>25</sup> Jennifer L. Jenkins, *Germany's Eurasian Strategy in 1918*, in: *The World during the First World War*. Hrsg. von Helmut Bley/Anorthe Kremers. Essen 2014, 291-302.

<sup>26</sup> Hans Meier-Welcker, Seeckt. Frankfurt am Main 1967, 325-355 u. 450-459; Leonhard, *Der überforderte Frieden* (wie Anm. 2), 128-129.

Monarchie, die problematischen Überhänge des Dreiklassenwahlrechts in Preußen, die gesellschaftlichen und politisch-kulturellen Spannungsmomente, zumal die Exklusion vermeintlicher innerer „Reichsfeinde“ sowie die konstitutionelle Sonderstellung eines politisch nicht kontrollierten Militärs – eine wesentliche Voraussetzung für den Übergang des deutschen Kriegsstaates von 1914 in die potenzielle Kriegsdiktatur der Dritten Obersten Heeresleitung unter Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff ab 1916.

Doch zu dieser Kontinuität gehörte eben auch all das, was gegen das tradierte Bild des Kaiserreichs als eines autokratischen Machtstaates stand: die gewachsene Bedeutung des Reichstages vor 1914 in der alltäglichen Praxis, die Verzahnung zwischen Parlament und Öffentlichkeit, der Bildungsstaat, die staatliche Sozialpolitik und die von den Liberalen als Ausgangspunkt für weitere freiheitliche Reformen verteidigte Verwaltungsgerichtsbarkeit. Zumal das vor 1914 gewachsene Selbstbewusstsein des Reichstags sich seit der Jahreswende 1916/17 fortsetzte und in den Friedensinitiativen der Parteien der späteren Weimarer Koalition, also der Mehrheitssozialdemokratie, der Linkliberalen und des Zentrums, mündete. Aus dieser Sicht waren die Oktoberreformen 1918 eben weit mehr als eine bloße von außen gleichsam aufgezwungene Vorleistung für einen glimpflichen „Wilson-Frieden“, erzwungen von der Obersten Heeresleitung nach dem Entzauberungsschlag, dem Eingeständnis der Niederlage im Spätsommer 1918. Zu dieser Kontinuitätslinie gehörten schließlich die personelle und politische Fortwirkung von Institutionen und der durch sie repräsentierten betont antirevolutionären Basiskompromisse 1918. In ihnen schien das Schreckbild einer deutschen Oktoberrevolution nach dem Vorbild der russischen Bolschewiki auf. Dazu gehörten die Armee mit ihrer integrativen Zentralfigur Paul von Hindenburg und dem Ebert-Groener-Pakt, die Diplomatie unter Brockdorff-Rantzau, die Ministerialbürokratie, das Stinnes-Legien-Abkommen mit der Anerkennung der Gewerkschaften und der Garantie der kapitalistischen Eigentumsordnung.<sup>27</sup>

### 4. Innere Ordnung und internationale Sicherheit

Eine mindestens bemerkenswerte Wiederholungsstruktur zeigte sich 1918/19 im Blick auf den Zusammenhang zwischen der inneren Verfasstheit Deutschlands und den Bedingungen internationaler Sicherheit. Nach 1648 war das Heilige Römische Reich Deutscher Nation

<sup>27</sup> Ebd., 438-439.

gerade in seiner Unfähigkeit zur offensiven Kriegsführung gegen seine Nachbarn eine Voraussetzung für das *ius publicum Europaeum* gewesen. Und 1814/15 endete der Wiener Kongress nicht zufällig mit der Gründung des Deutschen Bundes als mitteleuropäischer Rahmung postrevolutionärer Ordnungsstiftung auf der Basis eines restabilisierten monarchischen Prinzips. Dieser Zusammenhang zeigte sich auch während des Krieges: Seit 1917 hatten die Vertreter der MSPD, der Linksliberalen und des Zentrums innenpolitische und konstitutionelle Reformen mit der Suche nach einem Ausgang aus dem Krieg und progressiven Friedenskonzepten verknüpft. Brest-Litowsk hatte ursprünglich ein zukunftsweisender Frieden auf der Basis des nationalen Selbstbestimmungsrechts sein sollen, mit dem man die Gegner politisch unter Druck setzen wollte. 1918/19 setzte sich diese Grundkonstellation in der Paralleliät von Verfassungsgebung und Friedenskonferenz fort – Weimar und Paris blieben vielfältig miteinander verflochten.<sup>28</sup>

#### 5. Biographische Erfahrungsspeicher

Sieht man aus der Perspektive konkreter Biographien auf den dramatischen Moment vom November 1918, so waren aus der Erfahrung des Kaiserreichs ganz unterschiedliche Akzentuierungen von Kontinuität und Abbruch möglich, als die deutschen Dynastien im Herbst 1918 untergingen. Der Heidelberger Historiker Karl Hampe beschrieb den 9. November 1918 aus der Sicht eines Vertreters des Bildungsbürgertums, der sich mit dem kleindeutschen Nationalstaat von 1871 in besonderer Weise identifiziert hatte, als den „elendeste[n] Tag meines Lebens! Was ist aus Kaiser und Reich geworden! Nach außen steht uns Verstümmelung, Willenlosigkeit, eine Art Schuldknechtschaft bevor; im Innern brutale Klassenherrschaft unter trügerischem Schein der Freiheit, Bürgerkrieg, Hungersnot, Chaos. Berlin ist der Revolution ohne ernstliche Gegenwehr verfallen; über das Thronrecht der Hohenzollern ist man zur Tagesordnung übergegangen“.<sup>29</sup>

Als Marinekommandant Albert Hopman am 12. November 1918 in Sewastopol erkennen musste, dass auch fern der deutschen Häfen die militärische Autorität zusammenbrach, resümierte er resigniert: „Heiliger Goethe, heiliger Bismarck, Ihr habt umsonst gelebt.“<sup>30</sup> Drama-

<sup>28</sup> Ebd., 430–462.

<sup>29</sup> *Karl Hampe*, Kriegstagebuch 1914–1919. Hrsg. von Folker Reichert/Eike Wolgast, 2. Aufl. München 2007, 10. November 1918, 775.

<sup>30</sup> Zitiert nach: Von Brest-Litowsk zur deutschen Novemberrevolution. Aus den Tagebüchern, Briefen und Aufzeichnungen von Alfons Paquet, Wilhelm Groe-

tisch symbolisierte der Selbstmord von Albert Ballin, des jüdischen Reeders und persönlichen Freundes des Kaisers, am 9. November 1918 das Ende des Kaiserreichs. Wie kaum eine andere Persönlichkeit hatte er lange Zeit die Weltmachtansprüche und Modernitätsansprüche des Kaiserreichs bis in den Krieg hinein verkörpert. Ballins Schiff *Imperator* war die deutsche Antwort auf den Bau großer britischer Ozeanriesen wie der späteren *Titanic* gewesen, das Symbol der Leistungskraft und des Flottenstolzes, und sein Einsatz für die Bagdad-Bahn hatte die imperialen Herrschaftsutopien noch einmal unterstrichen, an denen weite Teile der industriellen Elite lange Zeit festgehalten hatten. Hinter seinem Selbstmord am Ende des Krieges und am Tag der erzwungenen Abdankung Wilhelms II. stand die Erschütterung angesichts eines zerstörten Lebenswerks, das sich im Scheitern des kleindeutschen Nationalstaates von 1871 widerzuspiegeln schien. Den Kaiser hatte Ballin im Krieg als zunehmend furchtsam und passiv erlebt, aber sein Selbstmord war keine Antwort auf die Abdankung, denn ein ruhiges Exil hatte Ballin ihm bereits früher gewünscht – so wie er auch eine frühere Abdankung befürwortet hatte. Ballin war auch kein Opfer der Revolution – erst nachträglich war von einer angeblichen Bedrohung durch Hamburger Revolutionäre die Rede, auf deren schwarzen Listen er gestanden habe. Entscheidend war für Ballin am Ende vielmehr die Überzeugung, dass er sich im amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson getäuscht hatte und dass seine Reederei, die Hapag, als ehemals größte Reederei der Welt durch den Krieg vernichtet war. Eine Zukunft gab es danach für ihn nicht mehr.<sup>31</sup>

Und doch setzten sich gerade in der existenziellen Krise des Nationalstaates 1918/19 Lebensläufe fort, die ohne die dynamischen Modernitätsansprüche und globalen Verflechtungen des Kaiserreichs undenkbar waren. Carl Melchior war wie Friedrich Ebert im Jahr der kleindeutschen Reichsgründung 1871 geboren. In Hamburg aufgewachsen, spiegelte sein Lebenslauf geradezu idealtypisch das Selbstbewusstsein des deutschen Wirtschaftsbürgertums im Kaiserreich von 1871 und zugleich die dramatischen Umbrüche des Weltkrieges wider. Nach einem Jurastudium war Melchior 1902 als Syndikus in das Hamburger Bankhaus Warburg eingetreten, für das er ab 1911 als Generalbevollmächtigter wirkte. Wie Walther Rathenau hatte er zu Beginn des

ner und Albert Hopman, März bis November 1918. Hrsg. von Winfried Baumgart. Göttingen 1971, 643.

<sup>31</sup> *Eberhard Straub*, Albert Ballin. Der Reeder des Kaisers. Berlin 2002, 257–261; *Jörn Leonhard*, Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkrieges, 5. Aufl. München 2014, 894–895.

Weltkriegs eine wichtige Position in der Organisation der deutschen Kriegswirtschaft bekleidet und sich für die Bildung einer Zentral-Einkaufsgesellschaft eingesetzt, um die Güterversorgung der Industrie sicherzustellen. Melchior legte als Jude großen Wert auf seine patriotische Identifizierung mit dem Deutschen Reich – auch das eine Parallele zu Rathenau – und wurde als Kriegsfreiwilliger schwer verwundet. Entscheidend wurde seine Rolle in der Warburg-Bank nach dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten 1917, als Felix Warburg, seit 1907 amerikanischer Staatsbürger, seine Firmenanteile abgeben musste. Durch die Übernahme dieser Anteile wurde Melchior zum ersten Teilhaber der Bank außerhalb der Warburg-Familie und bestimmte in den kommenden Jahren die Geschicke der Bank wesentlich mit. Diese Erfahrungen prädestinierten ihn am Ende des Krieges für die Leitung der Finanzpolitischen Delegation, die in Versailles die monetären und wirtschaftlichen Aspekte des Friedensvertrags verhandeln sollte.

Im Sommer 1919 sollte Melchior einer der einflussreichsten und bei vielen Vertretern der Alliierten angesehensten Vertreter Deutschlands werden und eine persönliche Freundschaft mit John Maynard Keynes begründen, der als Finanzexperte in der britischen Delegation wirkte. Obwohl er seine Vorstellungen nicht durchsetzen konnte und die Verhandlungen in Paris im Protest gegen die nach seiner Ansicht für Deutschland inakzeptablen Friedensbedingungen vorzeitig verließ, besaß er in der Auseinandersetzung um die deutschen Reparationszahlungen und in den Bemühungen, die wirtschaftliche Verflechtung der ehemaligen Kriegsgegner zu nutzen, großen Einfluss. Seine persönlichen Netzwerke wirkten weit über 1919 hinaus und erlaubten es ihm, sich erfolgreich für die diplomatische Reintegration Deutschlands einzusetzen, die für ihn untrennbar mit der Lösung der internationalen Wirtschafts- und Finanzprobleme verknüpft war. Melchior war nach 1919 nicht nur mehrfach als Reichsfinanzminister im Gespräch, sondern blieb ein gefragter internationaler Gesprächspartner, während der Ruhrbesetzung, bei der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund 1926, als er erster Repräsentant des Deutschen Reiches in Genf wurde, und schließlich bei der Gründung der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel, in der er bis Frühjahr 1933 als stellvertretender Direktor wirkte, bevor er im Dezember desselben Jahres starb.<sup>32</sup>

<sup>32</sup> Peter Freimark, Melchior, Carl, in: *Neue Deutsche Biographie*, Bd. 17. Berlin 1994, 11-12; *John Maynard Keynes, Dr. Melchior. Ein besieger Feind*, in: Carl Melchior. Ein Buch des Gedenkens und der Freundschaft. Hrsg. vom Verein für Hamburgische Geschichte. Tübingen 1967, 1-34; *Leonhard, Der überforderte Frieden* (wie Anm. 2), 544-545.

Ballin wie Melchior standen für die Modernität der deutschen Wirtschaft, für den Erfolg ihrer globalen Verflechtung vor 1914. Der Moment von 1918/19 ließ sehr unterschiedliche Antworten auf die Krise zu. Dazu gehörte zumal die Kontinuität der wirtschaftlichen Potenz, die durch das Ende der deutschen maritimen Kolonien, die Konzentration auf Kontinentaleuropa und die transatlantischen Beziehungen eher noch stärker akzentuiert wurde. Der Horizont einer Revisionsstrategie auf der Basis einer deutschen Weltwirtschaftspolitik war nach 1919 ohne die Basis vor 1914 kaum denkbar.

#### 6. Aporien von Kontinuität und Umbruch: Die Sozialdemokratie zwischen Oppositionshaltung und Regierungsverantwortung

Für Friedrich Ebert, der am 11. Februar 1919 von der Verfassunggebenden Nationalversammlung in Weimar zum Staatsoberhaupt der neuen demokratischen Republik gewählt wurde, bedeutete dieser Tag den Höhepunkt eines außergewöhnlichen Lebensweges vom sozialdemokratischen Parteiarbeiter zum republikanischen Staatsoberhaupt. Dass Friedrich Ebert 1871 geboren war, also genau im Jahr der Gründung des kleindeutschen Nationalstaates aus dem Geist eines Krieges, gab dieser Biographie eine exemplarische Dimension, so als spiegelten sich darin die Aufbrüche der Deutschen seit dem Ende des 19. Jahrhunderts, ihr Fortschrittsempfinden und ihre Zukunftserwartung, genauso wie die katastrophalen Umbrüche seit Sommer 1914.<sup>33</sup>

Aus kleinen Verhältnissen stammend, erwies seine Biographie vor 1914, welche politischen Karrieren das Kaiserreich zuließ. Mit seiner Wahl zum Parteivorsitzenden der Bremer Sozialdemokraten 1894 und Vorsitzenden der Bürgerschaftsfraktion zählte er aufgrund seiner Erfolge als effizienter Organisator und seines Einsatzes als Rechtsanwalt für Arbeiter und ihre Familien um 1900 zur ersten Reihe der zweiten Generation professioneller Parteifunktionäre, die nach dem Ende der Sozialistengesetze den Aufstieg der SPD zur Massenpartei wesentlich ermöglichten. Dabei stützte sich Ebert zunächst nicht auf ein Reichstagsmandat, sondern profitierte von den persönlichen Netzwerken und seinen Funktionen innerhalb der Partei. Erst 1912 gelangte er für den Wahlkreis Elberfeld-Barmen in den Reichstag. Nach dem Tod

<sup>33</sup> Die folgenden Ausführungen nach: *Jörn Leonhard, Die belagerte Republik und die Würde der Demokratie: Friedrich Ebert und das 20. Jahrhundert der Deutschen*, in: 100. Jahrestag der Wahl Friedrich Eberts zum Reichspräsidenten. Matinee des Bundespräsidenten am 11. Februar 2019. Dokumentation der Reden. Heidelberg 2019, 24-49.

August Bebels wurde er neben Hugo Haase 1913 zum Parteivorsitzenden, um einer im Umbruch befindlichen Partei als Anker zu dienen. Als stärkste Fraktion im Berliner Reichstag hatte die SPD bereits vor dem August 1914 die Erwartung verkörpert, das Kaiserreich könne sich in seiner besonderen Dynamik jenseits des autokratischen Militär- und Obrigkeitsstaates, als global erfolgreiche Industriegesellschaft, als Rechts-, Sozial- und Bildungsstaat evolutionär weiterentwickeln. Mit ihrem hart erarbeiteten Gewicht im Parlament und in der Öffentlichkeit hatte die Partei Friedrich Eberts vor diesem Hintergrund etwas zu verlieren.

Die Kriegsbeteiligung der SPD bot aus dieser Perspektive die Chance, die gelungene Integration dieser Partei in den Nationalstaat zu dokumentieren und aus der patriotischen Kriegsleistung langfristig politisches Kapital zu bilden und für die weitere Umgestaltung von Staat und Gesellschaft zu nutzen. Dazu passte die parlamentarische Stärke der SPD als Errungenschaft im Kaiserreich mit seinem demokratischen Männerwahlrecht auf Reichsebene. Die in dieser Vorstellungswelt sozialisierten Parteiarbeiter setzten nicht auf die marxistische Revolution von unten, sondern die schrittweise Umgestaltung, die Anerkennung der Gewerkschaften, die Ausweitung des Wahlrechts, die Ausgestaltung politischer und sozialer Partizipation sowie den Wandel von der konstitutionellen zur parlamentarischen Monarchie.

Als sich im Herbst 1918 die militärische Niederlage des Deutschen Kaiserreichs abzuzeichnen begann, erkannten die Führer der MSPD, dass sich die Partei auf eine krisenhafte Situation einstellen und Verantwortung übernehmen müsse. Schon jetzt, Ende September 1918, und angesichts einer zunehmend antimonarchischen Stimmung, reagierte Ebert mit großer Konsequenz auf die Erosion der politischen Autorität. Dabei schwor er die SPD darauf ein, sich auf die bürgerlichen Parteien zu konzentrieren und eine Wiederholung der bolschewikischen Revolution in Deutschland unter allen Umständen zu verhindern: „Wollen wir jetzt keine Verständigung mit den bürgerlichen Parteien und der Regierung, dann müssen wir die Dinge laufen lassen, dann greifen wir zur revolutionären Taktik, stellen uns auf die eigenen Füße und überlassen das Schicksal der Partei der Revolution. Wer die Dinge in Russland erlebt hat, der kann im Interesse des Proletariats nicht wünschen, dass eine solche Entwicklung bei uns eintritt. Wir müssen uns im Gegenteil in die Bresche werfen, wir müssen sehen, ob wir genug Einfluss bekommen, unsere Forderungen durchzusetzen und, wenn es möglich ist, sie mit der Rettung des Landes zu verbind-

den, dann ist es unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit, das zu tun.“<sup>34</sup>

Vor diesem Hintergrund verfolgte die Führung der SPD seit dem Herbst 1918 eine dreifache Strategie, in der Kontinuität und Umbruch nahe nebeneinanderlagen: erstens die Bildung des Rats der Volksbeauftragten zusammen mit der USPD, den die Arbeiter- und Soldatenräte akzeptierten, zweitens die erwähnte Praxis weitgehender Kompromisse gegenüber dem Militär im Ebert-Groener-Pakt vom 10. November sowie gegenüber der Bürokratie, der Diplomatie sowie den Arbeitgebern. In dem seit Oktober verhandelten und wegen der Revolution erst am 15. November 1918 verabschiedeten Zentralarbeitsgemeinschafts-Abkommen zwischen den Führungen der Großindustrie und der Gewerkschaften unter ihren Repräsentanten Hugo Stinnes und Carl Legien wurden Grundzüge einer korporatistischen, also einer auf Beteiligung von Gewerkschaften und Arbeitnehmern hin orientierten Sozialverfassung, und der Achtstundentag festgeschrieben. Während es den Führern der Gewerkschaften gelang, als offizielle Vertreter der Arbeiter anerkannt zu werden, konnten die Unternehmer mit dem Abkommen großangelegte Sozialisierungen in der deutschen Industrie verhindern und eine kapitalistische Eigentumsstruktur erhalten. Dazu kam drittens der Primat einer möglichst baldigen Verfassungsgebung durch eine gewählte Nationalversammlung.

Der am 16. Dezember 1918 in Berlin zusammentretende Allgemeine Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte bestätigte diesen Kurs und ermöglichte die Wahlen zu einer Verfassungsgebenden Nationalversammlung am 19. Januar 1919. Im Bekenntnis zur besonderen Verantwortung seiner Partei, zur Eindämmung der Gewalt und der evolutionären Ausgestaltung der neuen Republik auf der Grundlage einer Verfassung waren langfristige Prägungen durch das Kaiserreich unübersehbar. Der demokratische Volksstaat als Gehäuse für Freiheit und Recht erschien als Basis für die innere Befriedung und die äußere Stabilisierung des Landes, wie Ebert in seiner Rede vor dem Kongress betonte: „Gewaltherrschaft hat uns ins Verderben gestürzt; nun dulden wir keinerlei Gewaltherrschaft mehr, komme sie, von wem sie wolle. Je eher wir dazu gelangen, unsern deutschen Volksstaat auf feste Rechtsgrundlagen des Willens der ganzen Nation zu stellen, um so eher wird die deutsche Volksrepublik gesund und stark, um so eher

<sup>34</sup> Protokoll der gemeinsamen Sitzung des Parteiausschusses und der Reichstagsfraktion. Montag, den 23. September 1918, im Reichstagsgebäude zu Berlin, als Manuskript gedruckt in: Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898 bis 1918, Zweiter Teil. Bearbeitet von Erich Matthias/Eberhart Pikart. Düsseldorf 1966, 419-460, hier 442.

kann sie an die Erfüllung ihrer großen sozialistischen Ziele herangehen. Das siegreiche Proletariat richtet keine Klassenherrschaft auf. Es überwindet zunächst politisch, dann wirtschaftlich die alte Klassenherrschaft und stellt die Gleichheit alles dessen her, was Menschenantlitz trägt. Das ist der große ideale Gedanke der Demokratie. Wer ihn ganz und restlos in sich aufgenommen hat, kann den dauernden Frieden erringen, kann ein vollgültiges Mitglied der Familie der freien Völker werden.“<sup>35</sup>

In anderen Krisenmomenten wurden die langen Kontinuitätslinien stärker erkennbar, wie zumal die Diskussion um die den Deutschen unterstellte Kriegsschuld zeigte. Hier sahen die Führer der MSPD unmittelbar die Ehre und das Prestige der Nation berührt. Gerade die SPD bediente sich in den Krisenmomenten seit 1918 ausdrücklich nationaler Argumente, während die Idee des Internationalismus kaum erkennbar war – wiederum spiegelbildlich zur Haltung der Partei im Sommer 1914 bei der Zustimmung zu den Kriegskrediten. So unterstützte die Parteiführung den Konfrontationskurs des deutschen Außenministers Brockdorff-Rantzau auf der Friedenskonferenz in Paris bis in den Juni 1919 und machte sich vor allem die Empörung über die unterstellte Kriegsschuld zu eigen – zum einen, um auf die militärische Führung Rücksicht zu nehmen, die man innenpolitisch brauchte, um die junge Republik gegen revolutionäre Anläufe von links und Putschversuche von rechts abzusichern.

Zum anderen offenbarte sich bei der Führung der SPD eine eigenartige Kontinuität seit dem Sommer 1914. Immer ging es darum, die gelungene Integration in den Nationalstaat von 1871, die Verlässlichkeit und die patriotische Loyalität in Krisensituationen zu beweisen: in der 1914 wahrgenommenen Konstellation eines Verteidigungskrieges, während des Krieges selbst, in der Revolution 1918 durch die Bereitschaft zur frühzeitigen Eindämmung und zu weitreichenden Basiskompromissen, und so auch Anfang 1919. Aus der Revolution als stärkste politische Kraft hervorgegangen, durfte sich die Partei, so ihre Führer, jetzt nicht der Verantwortung für den Nationalstaat entziehen. So wurde die SPD noch einmal von ihren besonderen Erfahrungen während des Kaiserreiches eingeholt, der tiefen Prägung durch die Sozialistengesetze, dem Vorwurf der angeblich vaterlandslosen Gesinnung, der misstrauisch beäugten Loyalität, dem ganzen so erfolgreichen Hineinwachsen der Partei in diesen Staat und seine politi-

<sup>35</sup> *Friedrich Ebert*, Rede auf dem Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte, 16. Dezember 1918, in: ders., Schriften, Aufzeichnungen, Reden. Hrsg. von Friedrich Ebert jun. Dresden 1926, 137-140, hier 139.

schen Institutionen vor 1914. Verstärkt wurde diese Perspektive durch den Regimewechsel zu einer demokratischen Republik, der untrennbar mit den Hoffnungen auf einen glimpflichen „Wilson-Frieden“ verknüpft war.<sup>36</sup> Als sich dies als Illusion erwies, schien der Widerstand gegen die Bedingungen nur folgerichtig: Der Kampf gegen den Versailler Vertrag wurde so auch zum Kampf um das politische Erbe der Revolution von 1918.<sup>37</sup>

Die gleiche Überlagerung von Kontinuität und Bruch offenbarte sich schließlich auch in Weimar. Der neue Volksstaat brach mit der wilhelminischen Monarchie und suchte zugleich Anschluss in der kulturellen Bestimmung der deutschen Nation, die ebenso ein Erbe des 19. Jahrhunderts war. Bekannte sich Ebert bei der Eröffnung der Nationalversammlung zur Parlamentarisierung und den „unauf-schiebbaren Veränderungen auch auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet“, so endete er mit einem Appell, der zum Ort des Deutschen Nationaltheaters in Weimar passte und Deutschland auf eine national-kulturelle Integration verpflichtete, um die Belastungen der Vergangenheit zu überwinden: „Die alten Grundlagen der deutschen Machtstellung“ seien „für immer zerbrochen“ und „so müssen wir hier in Weimar die Wandlung vollziehen vom Imperialismus zum Idealismus, von der Weltmacht zur geistigen Größe. Es charakterisiert durchaus die nur auf äußeren Glanz gestellte Zeit der wilhelminischen Ära das Lassallsche [sic!] Wort, dass die klassischen deutschen Denker und Dichter nur im Kranichzug über sie hinweggeflogen seien. Jetzt muss der Geist von Weimar, der Geist der großen Philosophen und Dichter, wieder unser Leben erfüllen. Wir müssen die großen Gesellschaftsprobleme in dem Geist behandeln, in dem Goethe sie im zweiten Teil des ‚Faust‘ und in ‚Wilhelm Meisters Lehrjahre‘ behandelt hat.“<sup>38</sup>

Aber es blieb nicht bei diesen kulturellen Anknüpfungen. Im Blick auf die Kompetenzen des Reichspräsidenten und die Stellung des Amtes im Verfassungsgefüge trat die Kontinuität zum Kaiserreich besonders deutlich hervor. Denn der ausgesprochene Dualismus zwischen Staatsoberhaupt und Parlament setzte sich im Modus der Republik fort, während Kanzler und Regierung nahe an das Staatsoberhaupt

<sup>36</sup> *Friedrich Ebert*, Rede zur Eröffnung der Nationalversammlung (6. Februar 1919), in: ders., Reden als Reichspräsident (1919-1925). Hrsg. von Walter Mühlhausen. Bonn 2017, 59-69, hier 63.

<sup>37</sup> *Klaus Schwabe*, Einleitung, in: Quellen zum Friedensschluß von Versailles. Hrsg. von dems. unter Mitarbeit von Tilman Stieve/Albert Diegmann. Darmstadt 1997, 1-38, 32-34.

<sup>38</sup> *Ebert*, Rede zur Eröffnung der Nationalversammlung (wie Anm. 36), 60 u. 68-69.

gerückt wurden. Friedrich Ebert verstand sich aufgrund der präsidialen Befugnisse bei der Regierungsbildung, der Parlamentsauflösung und dem Notverordnungsrecht als eigentliches personales Zentrum der Regierungsgewalt – was zunächst durch die informellen Beziehungen zu den Ministern der SPD kaum Probleme aufwarf, wohl aber bei nachfolgenden Kanzlern aus bürgerlichen Parteien. Als es nach den Reichstagswahlen 1920 zur Bildung einer ersten Regierung ohne Beteiligung der SPD kam, zeichnete sich eine neue Konstellation ab. Die zunehmende Polarisierung an den politischen Rändern rückte den Reichspräsidenten und seine Reservemacht ins Zentrum. Weil mit dem Reichspräsidenten eine Alternative zu handlungsfähigen Mehrheiten im Reichstag existierte, nahm langfristig die Bereitschaft der Parteien ab, tragfähige Kompromisse zu suchen.

Gerade die Situation von 1918/19 mit dem Umbruch von der Monarchie in die Republik und der Kampf um ihre Stabilisierung in den kommenden Jahren offenbarten also, wie stark Kontinuitäten in Kippmomente übergehen konnten. Auch nach dem Ende der Hohenzollernmonarchie blickten die Alliierten skeptisch auf die Glaubwürdigkeit der deutschen Delegation auf der Pariser Friedenskonferenz. Die Hoffnung der Leitung des Auswärtigen Amtes unter Graf Brockdorff-Rantzau jedenfalls, nach dem Ende der Monarchie auf eine solidarische Hilfe anderer gemäßiger Linksparteien in Europa mit der neuen Reichsleitung in Berlin rechnen zu können, ging nicht auf. Die Spaltung der Linken schließlich hatte viel mit der langfristigen Kontinuität im politischen Habitus der Mehrheitssozialdemokratie und ihrer Führung zu tun, die in Fortsetzung ihrer Politik alles daran setzte, eine Revolution nach bolschewikischem Modell in Deutschland zu verhindern.<sup>39</sup>

## Zusammenfassung und Ausblick

Am 29. Mai 1945 zog Thomas Mann Bilanz. In seiner Rede über „Deutschland und die Deutschen“ formulierte er aus der Perspektive des Exils, was aus dem deutschen Nationalstaat nach zwei Weltkriegen und der Erfahrung von Diktatur und Holocaust geworden war. Mann verwies auf eine verhängnisvolle Kontinuitätslinie in der Geschichte Deutschlands, die er aus dem Zusammenhang von Nationalstaatlichkeit, Krieg und Gewalt ableitete: „Durch Kriege entstanden, konnte das unheilige Deutsche Reich preußischer Nation immer nur ein

<sup>39</sup> Leonhard, *Der überforderte Frieden* (wie Anm. 2), 455–456.

Kriegsreich sein. Als solches hat es, ein Pfahl im Fleische der Welt, gelebt, und als solches geht es zugrunde.“ Das vernichtende Urteil des Schriftstellers war der Logik des Rückblicks geschuldet, es entstand aus der tiefen inneren Erschütterung über den nationalsozialistischen Unrechtsstaat.<sup>40</sup>

Für die Generation, die selbst noch die Erfahrung der Gewaltgeschichte bis 1945 teilte, avancierte ein „deutscher Sonderweg“ zur suggestiven Erklärung der Entwicklung bis 1945. Die vergleichsweise späte Begründung des deutschen Nationalstaates 1871, sein Ursprung aus Krieg und Gewalt und nicht aus einer geglückten demokratischen Revolution, ein politisch schwaches Bürgertum ohne historische Erfolgsmomente wie 1776 in den Vereinigten Staaten oder 1789 in Frankreich – all dies legte eine negative Kontinuität vom Ende des 19. Jahrhunderts über die Katastrophe des Ersten Weltkriegs und die durch die unvorbereitete Niederlage belastete demokratische Republik von Weimar bis zum Gewaltregime der Nationalsozialisten, dem Zweiten Weltkrieg und dem Holocaust nahe. Solche Meistererzählungen sind vom Ergebnis her erzählt, sie folgen der Logik des Rückblicks, und sie verkürzen in der Suggestion den Blick auf die vielen offenen Momente der vergangenen Zukunft, sei es 1871 oder 1918. Der Nationalstaat von 1871 war um 1900 sehr viel mehr als nur ein autoritärer Machtstaat, er war auch ein Fortschrittsmodell als Rechts-, Verwaltungs- und Sozialstaat, als Gehäuse einer Wissensgesellschaft, die ein hohes Maß an globaler Vernetzung kennzeichnete. Und all das waren Errungenschaften, die ohne bürgerliche Modernitätsansprüche nicht zu erklären waren, und sie schienen umso greller angesichts anderer Kennzeichen, zumal der Sonderrolle der politisch nicht wirksam kontrollierten Militärs und seiner Gestaltungsansprüche.

Geht man den Ursprüngen von Nationen und Nationalstaaten nach, dann stößt man nicht allein in Europa auf lauter Sonderwege. Die alte Vorstellung von westlichen Modellen mit erfolgreichen Revolutionen, egal ob 1688/9, 1776 oder 1789, und einer langen Defizitgeschichte des Bürgertums, der Nation und des Nationalstaats in Deutschland ist verlockend klar, aber sie greift in dieser Einseitigkeit nicht. Auch andere Nationalgeschichten sind alles andere als homogen, friedlich und per se erfolgreich: Großbritannien erlebte in seinem Kolonialreich und in Irland gewaltsame Krisen, das Erbe der Revolution von 1789 spaltete die französische Gesellschaft lange in „deux France“, und mit der

<sup>40</sup> *Thomas Mann*, *Deutschland und die Deutschen*. Vortrag gehalten in englischer Sprache Ende Mai 1945 in der Library of Congress, Washington, anlässlich des siebenzigsten Geburtstages, in: ders., *Gesammelte Werke in 13 Bänden*, Bd. 11: *Reden und Aufsätze 3*. Frankfurt am Main 1990, 1126–1148, hier 1144.

Unabhängigkeit von 1776 wurden in den entstehenden USA viele Konflikte vertagt, die im Bürgerkrieg der 1860er Jahre wieder blutig hervortreten sollten.

Was also bleibt von dem Blick auf die Verbindung der deutschen Erfahrungsschichten des 19. Jahrhunderts mit jenen Umbrüchen, die im August 1914 einsetzten und weit über die November 1918 hinauswiesen? Die Antworten der Historiker im Blick auf das 19. Jahrhundert und zumal das Kaiserreich von 1871 als Inkubationszeit von Nationalstaat und Modernität sind so vielfältig wie ihre ganz eigenen Perspektiven. Sie werden jetzt selbst historisiert und auf ihre Eigenschaft als ‚historische Klassiker‘ hinterfragt. Thomas Nipperdey begann seine Geschichte des deutschen 19. Jahrhunderts mit dem Satz „Am Anfang war Napoleon“, Hans-Ulrich Wehler antwortete in seiner Gesellschaftsgeschichte darauf mit einem programmatischen „Am Anfang war keine Revolution“, und Heinrich August Winkler ergänzte die Trias in seinem Buch über den „langen Weg nach Westen“ mit seinem Verweis: „Am Anfang war das Reich“. Egal ob man die Besonderheit in der vielfältigen, nicht in der sogenannten deutsch-französischen „Erbfeindschaft“ aufgehenden, vielmehr produktiven Auseinandersetzung mit den Erbschaften der Französischen Revolution in Deutschland, der napoleonischen Flurbereinigung der deutschen Territoriallandschaft, im Manko einer bürgerlichen Revolution oder im langen Schatten des Reichsgedankens und der föderalen Vielfalt seit dem Heiligen Römischen Reich deutscher Nation sah: Die Erbschaften und Leitmotive sind und bleiben umstritten, und genau diese Kontroversität mag eine deutsche Spezifik im Umgang mit Nation und Nationalstaat wie auch eine gewisse Obsession mit ihrer Geschichte erklären.<sup>41</sup>

Das Kaiserreich wirkte als Präfigurat über das Ende seiner Dynastien hinaus. Mit diesem Begriff verwies Hans Blumenberg auf die Eigenmächtigkeit eines bestimmten historischen Vorrats an Bedeutungen, auf die in einer besonderen Situation zurückgegriffen wird. Der Bezug auf ein bestimmtes Präfigurat kann dabei zu einem wichtigen Instrument werden, um Handlungsmacht zu verstärken.<sup>42</sup> Die analytischen Begriffe von Kontinuität und Umbruch suggerieren demgegenüber eine Eindeutigkeit der dichotomischen Zuordnung, die für die Komplexität und Dynamik der historischen Epoche von 1871 bis 1918 viel zu eng gefasst ist. Nur zusammengenommen, in der Span-

<sup>41</sup> Jörn Leonhard, Die große Verunsicherung. Der Nationalstaat ist tot, es lebe der Nationalstaat. Analyse einer deutschen Obsession, in: „Süddeutsche Zeitung“, 4. Dezember 2015, 11.

<sup>42</sup> Hans Blumenberg, Präfiguration. Arbeit am politischen Mythos. Berlin 2004.

nung, Verflechtung, Überblendung und Amalgamierung von Tradition und Diskontinuität, erschließt sich die Epoche, und genau diese Ambivalenz schien bereits den Zeitgenossen vor 1914 der einzige Modus zu sein, um die revolutionierende Dynamik des Kaiserreichs, seine teilweise atemberaubende Modernität wie seine Schatten, Exklusionen und Spannungen vor 1914 zu erfassen.

Vor diesem Hintergrund markierte der auf den ersten Blick so deutliche Umbruch der äußeren Situation 1918/19 im Sinne von Katharsis und Kairos häufig gerade den Ausgangspunkt für neue Handlungsimpulse und Entwicklungspotenziale, hinter denen jedoch viele jener Strukturkennzeichen fortgeschrieben wurden, deren Ursprünge im Kaiserreich von 1871 lagen. Das galt bereits für die Sozialstaatlichkeit und die zumal während des Weltkriegs ausgebildeten Formen des organisierten Kapitalismus, die 1918 in ein spezifisches Kompromissverhältnis zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern mündeten. Es galt für die Weiterentwicklung der demokratischen Praxis, der Bundesstaatlichkeit und die Finanzgrundlage des Reiches. Und es hatte Bedeutung für die internationale Positionierung der neuen Republik und die Chancen auf eine friedlich-evolutionäre Revision der künftigen Friedensbedingungen.

Die Sozialdemokratie schließlich verkörperte den Zusammenhang zwischen einem Übermaß an Kontinuität und zu viel Bruch in zugepunkteter Weise: die Kontinuität eines in der Praxis evolutionären Politikverständnisses, antibolschewistisch überprägt seit 1917, und den brutalen Bruch mit der radikalen Linken. Die Spaltung der Linken und der politische Klassenkompromiss zwischen SPD und bürgerlichen Parteien aber bildeten eine Voraussetzung für die glaubwürdige Stabilisierung der Republik. Hier offenbarten sich exemplarisch die Aporien, die eine Konsequenz des langen Bogens von Versailles zu Versailles waren, vom Januar 1871 bis in den Juni 1919. Denn hinter der Überlagerung, dem je situativen Neben- und Miteinander von Kontinuität und Umbruch stand eine chronologische Gleichzeitigkeit des historisch Ungleichzeitigen – und genau darin setzte sich ein entscheidendes Kennzeichen des monarchischen Nationalstaates von 1871 über 1918/19 hinaus fort.<sup>43</sup>

<sup>43</sup> Jörn Leonhard, Historik der Ungleichzeitigkeit: Zur Temporalisierung politischer Erfahrung im Europa des 19. Jahrhunderts, in: *Journal of Modern European History* 7/2, 2009, 145-168; ders., Ungleichzeitigkeit, in: *Enzyklopädie der Neuzeit*, Bd. 13. Stuttgart 2011, Sp. 971-978.